

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 9 (1895)

164 (17.7.1895)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-253691](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-253691)

Norddeutsches Volksblatt.

Organ für Vertretung
der Interessen des werththätigen Volkes.

Redaktion und Expedition: Saut, Adolfsstraße Nr. 1.

Inseraten-Aannahme für die laufende Nummer bis spätestens Mittags 1 Uhr. Größere Inserate werden früher erbeten.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. Inzerate: die viergespaltene Zeile 10 g. bei Wiederholungen Rabatt. Postzeitungskasse Nr. 5059.

Abonnement bei Vorausbezahlung frei ins Haus: vierteljährlich 2,10 M für 2 Monate 1,40 M für 1 Monat 0,70 M evtl. Postbezugs.

Nr. 164.

Saut, Mittwoch, den 17. Juli 1895.

9. Jahrgang.

Parteigenossen!

Auf unserem letzten Parteitag in Frankfurt a. M. wurde Breslau als der Ort bestimmt, an welchem unser nächster Parteitag stattzufinden habe.

Nachdem es nun unseren Breslauer Genossen gelungen ist, ein geeignetes Lokal zu beschaffen, so hat die Parteileitung in ihrer letzten Sitzung beschlossen, den diesjährigen Parteitag auf die Tage vom

6. bis 12. Oktober 1895 nach Breslau zu berufen.

Das Lokal, in welchem der Parteitag tagen wird, der Beginn der Vorversammlung, sowie die Tagesordnung werden rechtzeitig bekannt gemacht.

Parteigenossen! Es ist der erste Parteitag, seitdem wir eine sozialdemokratische Bewegung in Deutschland haben, der im Osten des Reiches stattfindet. Dieser Umstand und der weitere, daß in Breslau „ruht was herrlich war von Ferdinand Lassalle“, dem Begründer des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins und unseres großen Vorkämpfers, sie werden unseren Genossen ein Ansporn sein, dafür Sorge zu tragen, daß der nächste Parteitag eine würdige Vertretung der sozialdemokratischen Partei Deutschlands sein wird. Daß die geographische Lage Breslaus den Genossen im Süden und Westen des Reiches bei der Beschaffung größerer Opfer auferlegt, wie wenn ein Ort in Mitteldeutschland gewählt worden wäre, darf kein Grund dafür sein, nimmere den Parteitag spärlicher zu beschicken. Es handelt sich für die Partei um die Entscheidung und Beschlußfassung über höchst wichtige Fragen, — es sei hier nur an die Agrarfrage erinnert — und diese Entscheidungen können nur von einem Parteitag getroffen werden, auf dem alle Parteipartei entsprechend ihrer Stärke in unserer Bewegung vertreten sind.

Wir richten deshalb an die Parteigenossen das Ersuchen, überall rechtzeitig die Vorbereitungen zur Beschaffung des Parteitages zu treffen und besonders auch die an den Parteitag zu richtenden Anträge einer recht genauen Prüfung zu unterziehen.

Parteigenossen! In Breslau ruhen unsere verstorbenen Genossen und Vorkämpfer Ferdinand Lassalle, Paul Heins, Julius Krüder und Max Kayser, in Breslau sollen in diesem Jahre für die Weiterentwicklung unserer Partei entscheidende Beschlüsse gefaßt werden. Parteigenossen, tragt dafür Sorge, daß der nächste Parteitag sich seinen Vorgängern würdig an die Seite stellt.

Breslau, den 15. Juli 1895.

Mit sozialdemokratischen Gruß

Der Partei-Vorstand.

Parteigenossen!

Nachfolgend veröffentlichen wir die Programmvor schläge, welche die Agrarkommission dem Parteitag zur Be ratung unterbreitet und die hiermit zur Diskussion der Parteigenossen gestellt werden.

Die Agrarkommission sah sich genöthigt, um ihren Vorschlägen eine zweckmäßige Form zu geben, dieselben in den zweiten Theil des bestehenden Parteiprogramms einzu arbeiten. Die Abänderungen und Zusätze der Kommission sind durch fette Schrift hervorgehoben.

Die Agrarkommission wird unmittelbar vor dem Parteitag noch einmal zu einer Berathung zusammentreten, um an der Hand der geübten Kritik und der etwa ge machten Abänderungsvorschläge zu prüfen, ob und welche Abänderungen sie noch an ihrem Entwurfe vornehmen und dem Parteitag zur Annahme empfehlen soll.

Der zweite Theil unseres Parteiprogramms soll nach den Vorschlägen der Agrarkommission folgende Fassung erhalten:

Kußgehend von diesen Grundätzen fordert die Sozialdemo katische Partei Deutschlands zur Demofrarisirung aller öffentlichen Einrichtungen in Reich, Staat und Gemeinde, für die Erhebung der sozialen Lage der arbeitenden Klassen und für die Verbesserung der Zustände in Gewerbe, Land wirtschaft, Handel und Verkehr, im Rahmen der be stehenden Staats- und Gesellschaftsordnung zunächst:

1. Allgemeines gleiches directes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsbürger ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen, Proportional-Wahlverfahren; und bis zu seiner Einführung gefällige Zwischenstufen der Wahlweise nach jeder Volkseählung. Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Bornehme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.
2. Directe Gesetzgebung durch das Volk vermittelt des Vor schlags- und Berathungsgremiums. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk. Verantwortlichkeit und Haftbar keit derselben. Jährliche Steuerbeschlüsse.
3. Erzielung der allgemeinen Wehrpflichtigkeit. Volkswache an Stelle der stehenden Armee. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volkvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf friedlich-rechtlichem Wege.
4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Berathung einschränken oder unterbinden.
5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachtheiligen.
6. Klärung der Religion zur Privatangelegenheit. Abschaffung aller Aufzählungen aus öffentlichen Mitteln in kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinwesen sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbstständig ordnen.

7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffent lichen Volk- und Fortbildungsschulen. Erziehung aus reichender gewerblicher und landwirtschaftlicher Nach schulen, Mutterwirthschaften und Berufsschulen; Ab haltung regelmäßiger landwirthschaftlicher Unterrichts kurse. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in allen öffentlichen Unterrichtsanstalten, auch in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schüle rinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.

8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes. Rechtspflege durch vom Volk gewählte Richter. Beratung in Straf sachen. Unschädigung unendlich Angeklagter, Beschäfteter und Ber urtheilter. Abschaffung der Todesstrafe.

9. Unentgeltlichkeit der rechtlichen Hilfeleistung einschließlich der Gerichtsbesuche und der Hilfsmittel. Unentgeltlichkeit der Todten besattung.

10. Stufenweise steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bekämpfung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind, und dementsprechende Vereinfachung aller Er trags- (Real-) Steuern (Gewerbe-, Haus-, Grund steuern u. s. w.). Selbstbeschäftigungspflicht. Erbschaftsteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbszugs und nach dem Grade der Verwandtschaft.

Abschaffung aller indirecten Steuern, Zölle und sonstigen wirth schaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen eines bevorzugten Mindertheil offen.

11. Abschaffung aller mit dem Grundbesitz verbundenen beherrschenden Funktionen und Privilegien (selbständige Gutsbezirke, Vorrechte in Verrentungsdörfern, Patronatsrechte, Adelskommissionen, Steuervorrechte u. s. w.) Entschädigungsgeld für Aufhebung jeglicher Art noch be stehender Erbunterthänigkeit und der aus derselben her fließenden Fellen und Pflichten.

12. Erhaltung und Vernehrung des öffentlichen Grundeigentums (Zwaas- und Gemeinde-Eigentum) jeder Art, (Kommunen u. s. w.), insbesondere der Verrentung des Reichs, der tolleren Stadt- und Korporations-Einkünfte und Kirchenrenten; der Realgemeinden, der Wälder, der Wasserkräfte u. s. w. in öffentliches Eigenthum unter Kontrolle der Volkvertretung.

Einführung eines Vorkaufrechts der Gemeinden be züglich der zur Zwangsversteigerung kommenden Güter.

13. Bewirthschaftung der Staats- und Gemeinde ländernein auf eigene Rechnung, oder Verpachtung an Genossenschaften von Landarbeitern und von Kleinbauern oder, soweit sich Weides nicht als rationell erweist, Verpachtung an Selbstbewirthschafteter unter Aufsicht des Staats oder der Gemeinde.

14. Staatskredit an Genossenschaften, die alle Verthei ligen umfassen, oder an einzelne Gemeinden für Feid berentung, Bodenmeliorationen aller Art, Entwässerung und Bewässerung.

Uebnahme der Kosten für Bau und Instandhaltung der öffentlichen Verkehrsmittel (Bahnen, Straßen, Wege, Wasserläufe), sowie für Dämme und Dämme auf den Staat oder das Reich.

15. Verstaatlichung der Hypotheken und Grundschulden unter Verstaatlichung des Zinsfußes auf die Höhe der Selbstkosten.

16. Verstaatlichung der Mobilitäten und Mobilitäten-Versicherung (Feuer, Hagel, Wasserichaden, Vieh Ver-

Ein verschlossener Mensch.

Roman von Max Kreyer.

29) (Nachdruck verboten.)

Im selben Augenblick schrie Robert leise auf, stredte blitzschnell seinen rechten Arm aus und riß den Freund mit einem kräftigen Ruck weit zurück. Er hatte ihn auf merksam beobachtet, bemerkte, wie er anfang zu zittern und auffallend blaß zu werden. In der nächsten Sekunde hätte Dora's Sohn zwischen Himmel und Erde geschwebt. „Sehe Dich einen Augenblick, ich bitte Dich.“

An der einen Bretterwand stand ein alter Schmelz; auf ihn drückte Robert seinen Genossen nieder. Alwin sah freilich aus. Der Gedanke, daß er am Rande des Todes gestanden hatte, lähmte ihm alle Glieder. Kalter Schauer durchzitterte seinen Körper und machte ihn erbeben.

So sah er eine Weile schweigend da, tief Athem schöpfend.

„Du siehst schlecht aus; soll ich ein Glas Wasser von unten holen?“ fragte Robert, indem er die Hand auf Alwin's Schulter legte und ihm liebevoll in's Antlitz blickte.

„Nein, nein, laß das, es wird vorübergehen. Aber ich bitte Dich, sprich zu Niemandem von diesem Vorfall, vor Allen zu Mama nicht. . . . Zum zweiten Male hast Du mich zu Dank verpflichtet; wie soll ich meine Schuld jemals abtragen? Wieder Robert!“

Seine Stimme klang weich, sein Herz war übervoll. Er drehte die Arme aus, zog den Kopf des Freundes hernieber, schloß seine Wangen und küßte ihn.

Robert wehrte ihn sanft ab.

„Du schuldest mir keinen Dank. Wenn Jemand seiner selbstens zu gedenken hat, so bin ich allein es — gegen Dich, gegen Euch Alle, die Ihr mich aus Noth und

Glend zu Euch emporgezogen habt. . . . Was ich gethan habe, war meine Pflicht, weiter nichts.“

Alwin erholte sich langsam von seinem Schreck. Arm in Arm schritten sie die Treppe hinauf und suchten den Garten auf. Amittens des ladenden Grüns, umringt vom Duft herrlich erblühter Rosen, kehrten allmählich Frohsinn und Heiterkeit zu Dora's Sohn zurück.

VIII.

Nach dieser Begebenheit war der Winter zweimal in's Land gezogen, fand der Frühling abermals vor der Thür. Die Verhältnisse im Hause und in der Fabrik hatten sich wenig verändert. Festzustellen wäre nur, daß Dämmel wohlbehaltener Kommiss geworden war und seit dem Tage des Beginns seiner neuen Würde das Haar bis zum Genick in der Mitte gekämmelt trug, was Schwippen von Zeit zu Zeit Veranlassung gab, einen Ton anzuschlagen, der „Herrn“ Theobald nur zu sehr aus jener Zeit bekannt war, als er als Wehring die Ungezogenheiten seines Peinigers ruhig einstecken mußte.

Der Buchhalter hing noch immer seinen alten Träumen nach, ohne jemals den Rath gefunden zu haben, einen energischen Schritt zu wagen. Adels's Gesicht war schmäler und die Nase in Folge dessen länger geworden, und Doktor Habnebusch hatte sich nicht zu ihren An schauungen bekehrt, trug immer noch die Holzsbinde allen Regeln der „Knospfäule“ zumider und ließ die altersschwachen Knöpfe getrost fallen, wenn die Anziehungskraft der Erde zu groß wurde, ohne sogleich für neue zu sorgen.

Quisselhoff war noch immer der Rathgeber der Armen, hatte sich endlich an die Trennung seines Stiefkindes gewöhnt und rächte sich nun für die Dintenansehung seiner dem heiligen Rechte zustrebenden Verlor, indem er seinem weitverweigten Runden- und Bekanntenkreise dadurch Sand in die Augen streute, daß er bei jeder Gelegenheit

von seinen „Verwandten, den Semmerlands“ sprach. In seltenen Fällen nur erwähnte er eines „reichen Vade“, gegen das er demnach um „Entschädigung von sechstaufend Mark“ klagen werde. (So hoch taxirte er die Arbeitskraft Robert's bis zu dessen Mündigkeit.) Je mehr sein Zustand in derartigen Minuten Besorgniß erregend wurde, je mehr Rufen pflegte er der genannten Summe anzuhängen.

Fast alle vier Wochen, regelmäßig drei Tage vor dem Erken eines jeden Monats, traf ein Brief großen Formats mit der Aufschrift: „An Herrn Robert Quisselhoff, genannt Gatter, Hohlgeboren“, im Kaufmannshaus ein. Der große Volkstanzel konnte die Miethie nicht bezahlen und bat um „einige Thaler“. Robert that dann, was er thun konnte, besuchte ihn in der Dämmerungsstunde und opferte sein ganzes Tälchen und einen Theil des Bücher geldes. Das Uebrige that der Doktor. Er wollte den Erschutter in Ruhe halten und ihn nicht ganz zu Grunde gehen lassen.

Sin und wieder führte der Dämon des Trunkes Quisselhoff vor das Thor, wo er energisch Einlaß be gehrte. Verwehrt was ihm diesen, dann schritt er auf der anderen Seite der Straße auf und ab, um aufzu passen, bis Robert herauskäme. „Quisselhoff belagert die Fabrik“, hieß es dann unter den Arbeitern, und Dora war eine derartige Szene außerordentlich unangenehm; nur Adels freute sich und machte anzügliche Nebenarten. Karntus fiel dann das schwere Amt zu, den Jährigen zu beruhigen. Dann gelang es schließlich dem alten Arzte, ihn ein für allemal von diesen Antrieben durch die Drohung abzuhängen, daß er bei nochmaliger Wiederholung auf seine Untertänigkeit mehr zu rechnen haben dürfte. Und das half, die weiße Rolle tauchte vor dem Hause nicht mehr auf, ihr Besizer war „in sich gegangen“.

(Fortsetzung folgt.)

ficherungen u. s. w.) und möglichste Ausdehnung der Versicherung auf alle versicherungsfähigen Betriebszweige. Staatliche Unterstützung bei Nothständen in Folge verheerender Naturereignisse.

17. Unbeschränkte Anrechtserhaltung und Erweiterung der bestehenden Wahlbunungs- und Weiderecht unter Gleichberechtigung aller Gemeindeglieder.

18. Freies Jagdrecht auf eigenem und gepachtetem Boden. Verhütung, angeborenen Falles volle Entschädigung für Wild- und Jagdschaden.

19. Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:
 - a) Festsetzung eines Höchstens acht Stunden betragenden Normalarbeitstages.
 - b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
 - c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, auf technischen Gründen oder auf Grund der öffentlichen Nothwendigkeit Nachtarbeit erfordern.
 - d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
 - e) Verbot des Zwangsheims.

Zachgemäße Ausdehnung der Arbeiterschutzgesetzgebung auf die Landwirtschaft.

2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern, sowie durch ein landwirtschaftliches Reichsamt, Bezirks- und landwirtschaftliche Ämter und Landwirtschaftskammern. Durchgreifende Fürsorge für die Gesundheitsverhältnisse der Arbeiter in Stadt und Land.

3. Rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und der Diensthelfer mit den gewerblichen Arbeitern; Befreiung der Gewerbeverordnungen.

4. Schlichtung von Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis durch obligatorische Gewerbegerichte sowohl für gewerbliche als für landwirtschaftliche Arbeiter, Diensthelfer und Seearbeiter, sowie für Handlungsgehilfen.

5. Sicherstellung des Koalitionsrechts.

6. Uebernahme und Vereinheitlichung der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Bewaltung. Reichsgerichtliche Ausdehnung der Versicherung auf alle im Lohn- oder Dienstverhältnis stehenden Personen.

Berlin, Juli 1895.

Der Partei-Vorstand.

Politische Rundschau.

Dant, den 16. Juli.

— Noch ein „kleines Mittel“ zu Gunsten der Landwirtschaft. Der Bundesrat hat, der „Berl. Korresp.“ zufolge, genehmigt, daß Arbeiterinnen über 16 Jahre in Meiereien und Molkereien, sowie in den diesen gleichgestellten Sterilisationsanstalten vom 15. März bis 15. Oktober in der Nachtzeit von 8 Uhr 30 Min. Abends bis 5 Uhr 30 Min. Morgens und am Sonnabend, sowie an Vorabenden der Festtage nach 5 Uhr 30 Min. Nachmittags beschäftigt werden dürfen, jedoch nur insoweit, als es sich um Arbeiten handelt, deren Vornahme an den betreffenden Tagen nicht unterlag ist. — Die ohnehin nur färglichen Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter werden immer mehr zu Gunsten des Ausbeutertums durchlöcherter; anstatt vorwärts, schreitet Deutschland auf dem Wege der sozialpolitischen Gefährdung rückwärts.

— Ein Loblied auf die sozialreformatorische Thätigkeit der preussischen Regierung singen die offiziellen „Berl. P.-N.“. Sie schreiben: „Als im Etat für das Jahr 1891/92 der Plan zur Reorganisation der preussischen Fabrikaufsicht aufgestellt und die ersten Geldmittel für den Beginn der Reorganisation gefordert wurden, wurde auch eine Uebersicht über die voraussichtliche Entlohnung der letzteren und deren Abschluß, der nach einem Zeitraum von vier Jahren in Aussicht genommen wurde, gegeben. Nach dieser Uebersicht sollten am Ende des vierten Jahres, also Ende März 1895, in der preussischen Fabrikaufsicht 26 Regierungsgewerbeämter, 97 Gewerbeinspektoren und 40 Assistenten, insgesamt ein Personal von 163 Köpfen thätig sein. Es liegt jetzt eine Uebersicht des preussischen Fabrikaufsichtspersonals nach dem Stande vom 1. Juni d. J. vor. Danach gab es 26 Gewerbe- und Regierungsräthe, 5 gewerbeteknische Hilfsarbeiter, welche zugleich als Vertreter der Gewerbeämter fungierten, 87 Gewerbeinspektoren und 56 Assistenten, zusammen 174 Köpfe. Man ersieht daraus, daß es sich in der Zwischenzeit seit der Ausarbeitung des Reorganisationsplanes als notwendig herausgestellt hat, eine neue Kategorie von Beamten in der Fabrikaufsicht zu schaffen, welche in industriereichen Bezirken zur Vertretung des Gewerbeamtes bestimmt sind. Es haben sich gewerbeteknische Hilfsarbeiter in den Bezirken Doppeln, Arnberg und Trier je einer, im Bezirke Düsseldorf zwei. Von den Gewerbeinspektoren hat man bisher weniger gebraucht, als ursprünglich angenommen war, dagegen hat sich die Zahl der Assistenten nicht unerheblich über die in Aussicht genommene Zahl erhöht. Jedenfalls zeigt der Umstand, daß schon am 1. Juni d. J. die für den 1. April in Aussicht genommene Anzahl von Fabrikaufsichtsbeamten um 11 überschritten ist, daß die Entwicklung auf diesem Gebiete keinen Augenblick stillsteht.“ — Gewiß ist, daß das Institut der Gewerbeinspektion in Preußen nicht mehr so vernachlässigt wird, wie früher. Aber diese offenbar von der Regierung ausgehenden Nachrichten sind denn doch sehr tendenziös gefärbt. Man hat nicht nur die Zahl der Inspektoren vermehrt, sondern diesem Institut auch eine Arbeit überlassen, die mit der Fabrikinspektion nichts zu thun hat. Seit einigen Jahren hat man diesen Beamten die Respektivision übertragen. Nun gibt aber das offiziöse Blatt keinen Aufschluß darüber, wie lange Zeit die Beamten durch diesen Nebenberuf in Anspruch genommen und wie oft sie durch die Respektivision an der Ausübung der Fabrikinspektion gehindert sind.

— Eine Uebersicht über die Geschäfte bei den preussischen Gerichten 1894 wird im Juli-

ministerialblatt veröffentlicht. Darnach dauert der Rückgang der Rechtsfälle fort, was aus Gründen der Kostenersparnis für die Parteien, der Arbeitslast für die Gerichte zu deuten bleibt. Wirtschaftlich unerwünscht ist auch das Anwachsen der Zwangsversteigerungen von unbeweglichem Gut auf 20 186 gegen 19 542 im Vorjahre, desgleichen der Konkursverfahren auf 3562 gegen 3301 (in 1892 aber noch 3026); auch die gewöhnlichen Prozesse sind bei den Amtsgerichten von 891 581 auf 932 556 gestiegen, bei den Landgerichten, allerdings im Verhältniß nicht so stark, von 73 153 auf 75 936. Mit der in anderen Ländern ebenfalls beobachteten Zunahme der Entscheidungen steht die Vermehrung der Rechtsstreitigkeiten in Ehefachen um mehr als ein Zehntel im Einklange (7288 gegen 6594). Der Geschäftsumfang der Kammern für Handelsfachen weist dagegen eher eine Einschränkung auf, obwohl wieder mehrere Kammern im Laufe des Jahres neu errichtet wurden. Die Hauptbeschäftigung der Oberlandesgerichte, betreffend die gewöhnlichen bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, hat in Jahresfrist wieder an Ausdehnung gewonnen und zwar etwa um ein Zwanzigstel (12 272 gegen 11 707). Aber am meisten tritt die Neigung, von dem Rechte mittel der Verurteilung Gebrauch zu machen, hervor in Strafsachen; denn während die eigentlichen Strafsachen sich nicht gerade bedeutend häuften (63 469 gegen 62 650), ergibt sich eine fünfmal so beträchtliche Zunahme der Verurteilungen vor den Strafkammern (55 822 gegen 51 818 gegen (1892) 48 470). Dasselbe gilt von dem Rechtsmittel der Revision in Strafsachen zu Lasten der Oberlandesgerichte. Die Hauptverfahren vor den Schwurgerichten sowie mehr noch die vor dem Untersuchungsrichter geführten Voruntersuchungen haben abgenommen.

— Gesetzestunde in Flugblättern. Der Vorstand der Thüringischen Versicherungsanstalt hat die wesentlichen Bestimmungen des Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetzes und die hauptsächlichsten Ergebnisse seiner bisherigen Handhabung in Form eines Flugblattes zusammengestellt und in rund 400 000 Exemplaren zur Vertheilung gebracht, um der vielfach noch vorhandenen Unklarheit über das Wesen und Wirken der Invaliditäts- und Altersversicherung entgegenzuwirken. Dieses Verfahren erscheint uns allgemein nachahmenswerth. Nicht als ob wir glauben, daß gerade die Invaliden- und Altersversicherung in ihrem gegenwärtigen Zustande durch dasselbe gewinnen könnte, sondern weil es viele andere Angelegenheiten giebt, bei denen es mit weit mehr Erfolg angewendet werden könnte. So zur Belehrung über die Gewerbeverordnungen, über die Aufgaben der Gewerbeinspektoren, die so oft über mangelnde Inanspruchnahme durch die Arbeiter klagen, über die neuen Sonntagsgesetz-Vorurtheile u. s. w. Wenn die Behörden aus in solchen Fällen zeitig durch volkstümlich gefasste Flugblätter Belehrung in das Volk bringen, so würde dies mehr nützen als ganze Jahrgänge halbamtlicher Zeitungen.

— Durch Abhängen eines sozialdemokratischen Liedes kann der gute Ruf eines Ortes gefährdet werden! Einige Arbeiter hatten auf ihrem Heimweg am Sonntag, 5. Mai, gegen 12 Uhr das schöne Lied „Wer schafft das Gold zu Tage?“ in der Seefraße zu Ploegensee gesungen. Der Amtsdorfsrath hatte deshalb 6 Mark Strafe gegen jeden dieser Sänger wegen „ruhelstörenden Lärms“ festgesetzt. Gegen diese Festsetzung trugen die Mißthäter auf gerichtliche Entscheidung an. Singen und ruhelstörender Lärm schienen ihnen zweierlei. Vor dem Amtsgericht beantragte der Amtsanwalt Schulz, die Strafe auf — je 15 Mark zu erhöhen. Das Gericht, unter Vorsitz des Amtsgerichtsraths Wald, erkannte jedoch auf je vier Wochen Haft aus folgenden Gründen: „Es ist thatsächlich festgestellt, daß die Angeklagten zu Ploegensee in der Nacht zum 6. Mai d. J. in der Seefraße durch Brüllen und überlautes Abhängen eines sozialdemokratischen Liedes ungebührlicher Weise ruhelstörenden Lärm erzeugt haben. Die diehalb festens des Amtsvorstehers in Regel festgesetzte Geldstrafe von 6 Mark erschien bei Lage der Sache als keine genügende Sühne der That. Es mußte vielmehr in Hinblick auf die Gröblichkeit der Ausschreitung, sowie in Berücksichtigung des Umstandes, daß durch die Handlungsweise der Angeklagten der Ruf eines Ortes in Gefahr gebracht wird, auf die empfindlich und abschreckend wirkende Strafe von je 4 Wochen Haft erkannt werden.“ Gegen das Urtheil ist selbstverständlich Berufung eingelegt worden.

— Weiteres aus dem Kampfe mit den geistigen Waffen. Ein Flugblatt, betitelt: „Was wollen die Sozialdemokraten? Ein Wort an's kirchliche Volk“, wurde kürzlich in der katholischen Schule zu Weihen von Seiten des Pfarrers an die Schulkinder zur Verbreitung vertheilt. Dieses Flugblatt ist vom Volksverein für das katholische Deutschland herausgegeben, von Seiy und Schauer in München gedruckt und dort man demnach wohl annehmen, daß dasselbe auch anderswo unter Zuhilfenahme der Schulkinder zur Verbreitung gelangt ist. Recht Ergründliches wissen die Herren Pfaffen über die Sozialdemokraten zu erzählen; eine Stelle aus dem Flugblatt sei hier mitgetheilt: „Was die Sozialdemokraten eigentlich wollen, kannst Du auf ein Kleeblatt schreiben. So wollen nämlich drei Stüde: 1) Die Republik. 2) Allgemeine Ökonomiegesellschaft. 3) Ausrottung der katholischen Kirche und aller Religion. Das hat der Obergeneral der Sozialdemokraten, der Drechslermeister Bebel, im Reichstage zu Berlin zwei Mal, 1872 und 1881, öffentlich und feierlich im Namen seiner Partei verkündet. Die Sozialdemokraten wollen zuerst die Republik. Die Könige und Fürsten halten sie für die geborenen und geschworenen Feinde des Volkes und wollen sie abschaffen. Legt der König freiwillig die Krone nieder und übergibt ihnen die Regierung, gut; thut er es nicht freiwillig, dann machen die Krone einmal Revolution und nehmen ihm die Krone und den Kopf auch dazu. Keine Krone, das

wäre ihnen sogar ein Hauptzweck. Natürlich wollen die Sozialdemokraten nicht heute und morgen schon Revolution anfangen. Dazu sind ihrer viel zu wenig und sie wissen genau, was für Lächer die neuen Gewerbe in die Konturen machen.“ — In dieser Weise geht es durch das ganze Flugblatt. Mit einem langatmigen Appell an die Leser, daß nur in der Kirche, selbstverständlich diesmal in der katholischen Kirche, das wahre Heil zu finden sei, schließt dann diese geistlich so gepaltrichte Druckschrift. Wenn sich auf dieses ihm nicht Laufende und Ueberausende von der Sozialdemokratie abwenden und in den Schooß der allein seligmachenden katholischen Kirche rennen, dann muß die Sozialdemokratie wohl oder übel mit anderen Mächten im Bunde oder der Schreiber dieses Flugblattes ein — Gimpel sein.

— Ein verlockendes Angebot macht ein schlesischer Gutbesitzer durch folgendes Inserat, welches derselbe in einem Provinzialblatte veröffentlicht: „Ein bescheidener Kandidat, Seminarist oder älterer Gymnasialist, der befähigt ist, einen jungen Menschen, der sich zum Primaner-Examen vorbereitet, zu unterrichten und geneigt wäre, dieses gegen freie Station zu übernehmen, wird für die Ferienzeit auf ein Gut gesucht. Offerten u.“ — Das muß ein „nothleidender Agrarier“ sein, welcher diese glänzende Anerbietung macht!

Österreich-Ungarn.

Wien, 14. Juli. In den Wienerberger Bezirken haben 120 Italiener die Arbeit eingestellt. Sie verlangen gleiche Bezahlung wie die böhmischen Arbeiter und wollen unter dem Zwischenunternehmer, einem Italiener von ärgerer Ausbeutereiqualität, nicht mehr bleiben. Auf die äble Behandlung der Arbeiter, die in den Wienerberger Bezirken trotz des kaum beendeten Streiks weiter betrieben wird, wirft der Streik der mehr als genügamen Italiener ein bezeichnendes Licht.

Frankreich.

Paris, 14. Juli. Der Kongreß der sozialistischen Gemeinderäthe Frankreichs trat gestern im Volkskauf auf Montmartre zusammen. Französischer Bürgermeister, unter ihnen auch Girodet von Saint-Etienne, sowie eine große Anzahl von Gemeinderäthen hatten sich zu demselben eingefunden. Nach der Prüfung der Vollmachten und der Ernennung von sechs Ausschüssen, beschloß der Kongreß auf Antrag des Genossen Bailant, eine Art Liste der kommunalen Forderungen aufzustellen, die den Wählern bei den nächstjährigen Gemeindevahlen unterbreitet werden sollen.

Paris, 15. Juli. Die Parliamentssession wurde am Sonnabend geschlossen. In der letzten Sitzung protestirte Abg. Bourquey gegen die Aufrechterhaltung der Dekorirung Cissas. Die Kammer schloß sich dem Tagesvotum dieses Abgeordneten mit 433 gegen 2 Stimmen an. Ministerpräsident Ribot erklärte, er werde die Frage der Reorganisation des Rathes der Ehrenlegion, der die Dekorirung Cissas beibehalten empfahl, in Erwägung ziehen. — Wollte man bei allen dekorirten Gaunern in Frankreich die Dekorirung rückgängig machen, es gäbe viel zu thun.

Spanien.

Madrid, 15. Juli. Der Bäckereistreik dauert fort; die Sozialdemokraten haben sich in einer großen Versammlung für die Streikenden ausgesprochen und denselben materielle Unterstützung zugesagt. Der Mangel an Brod ist groß.

England.

London, 15. Juli. Nach den bis jetzt bekannten Resultaten der englischen Wahlen sind gewählt: 91 Unionisten, 7 Liberale, 4 Parnelliten. Die Unionisten gewannen 7 Sitze, die Liberale einen. A. J. Balfour (Unionist) wurde wiedergewählt. In Wandsworth-South siegte der Marquis of Lorne (Unionist) über Sir Henry C. Roscoe (Liberal), welcher bisher diesen Wahlkreis vertrat. In Derby wurden die liberalen Kandidaten Sir William Harcourt und Sir T. Ros durch die Unionisten Geoffrey Drape und Demore geschlagen.

London, 15. Juli. Die unionistischen und konservativen Blätter triumphiren über das Ergebnis der am Sonnabend vollzogenen 25 beskritenen Wahlen. Aus der Thatfache, daß die Unionisten 8 liberale Sitze gewonnen haben und daß der frühere Schottländer Harcourt durch sie, sagen sie der unionistischen Sache einen glänzenden Sieg über die Liberale voraus. Die „Daily News“ geben zu, daß der Beginn der Wahlen unheilvoll für die liberale Partei gewesen sei, welche thatsächlich schon die Hälfte ihrer früheren Majorität im Unterhause verloren habe.

Rußland.

Petersburg, 13. Juli. Die Geseze, nach welchen bei der Beitreibung von Abgaben und Steuern aus den Arbeitslöhnen der Fabrikarbeiter bei jeder Lohnzahlung nicht mehr als ein Drittel des Lohnes von den unvertehrten Arbeitern und nicht mehr als ein Viertel des Lohnes von den verheiratheten Arbeitern oder Wittwen mit Kindern abgezogen werden kann, sind nun veröffentlicht worden.

Amerika.

Newyork, 14. Juli. Die kapitalistischen Blätter bringen zur Zeit allerlei recht verlockende Mittheilungen von einem Aufschwung der Geschäfte und einer Besserung der Arbeitslöhne in Amerika, wozu die „Newyorker Volkszeitung“ bemerkt: „Die bürgerliche Presse aller Schattirungen bringt Nachrichten von dem Aufleben des Geschäftes in den Vereinigten Staaten und in überschmeichlicher Weise wird hervorgehoben, daß mit der vermehrten Arbeitsgelegenheit auch die Löhne der Arbeiter in fortwährendem Steigen begriffen sind. Man geht sogar so weit, zu be-

richten, daß in einzelnen Branchen die Aufbesserung der Löhne eine abnormale sei, und es werden Beispiele angeführt, nach welchen diese Lohnerhöhungen nicht weniger als 40 Prozent betragen sollen. Wenn es uns nun auch durchaus nicht in den Sinn kommt, zu leugnen, daß in einzelnen Branchen eine leichte Besserung der Geschäftslage erfolgt ist, so müssen wir doch entschieden bekennen, daß ein allgemeiner Aufschwung der Industrie vorhanden ist, wenigstens nicht in dem Sinne, wie die bürgerlichen Blätter es berichten. Und die Lohnerhöhungen? Nun, die Arbeiter hier in den Vereinigten Staaten haben noch wenig davon gespürt, höchstens, daß den gebrauchlichen Lohnherabsetzungen ein kurzes Dalt geboten wurde. Durchwegs sind die Löhne noch auf demselben niedrigen Niveau, auf das sie die Krise der letzten zwei Jahre hinabgedrückt hat. Die in die Welt hinausgeschickten Berichte von geschäftlicher Prosperität und von erhöhten Arbeitslöhnen haben politische Zwecke, sollen im politischen Sinne ausgenutzt werden. Die Republikaner wollen durch diese Nachrichten beweisen, daß ihr Regiment im letzten Jahre es war, das die „guten Zeiten“ geschafft hat. „Darum, Arbeiter, stimmt das nächste Mal republikanisch!“ Die Demokraten beanspruchen, daß ihr Wilson-Zarif die Ursache der Prosperität und der Lohnerhöhung ist. „Darum, Arbeiter, stimmt das nächste Mal demokratisch!“ Man lasse sich durch die übertriebenen Nachrichten von den „guten Zeiten“ nicht täuschen, und wir warnen die Arbeiter auf's Dringendste davor, sich durch dieselben bewegen zu lassen, von einem Orte zum anderen zu ziehen. Diese Jagd nach dem Glücke, der gut bezahlten Arbeit wird regelmäßig mit Enttäufung enden. Besonders auch warnen wir die Arbeiter des Auslandes, sich durch Schilderungen der bürgerlichen Presse nicht zu verlocken. Diese Auswanderung nach den Vereinigten Staaten bewegen zu lassen. Die industrielle Reservearmee, das Heer der Arbeitslosen, ist hier so stark, wie in irgend einem anderen Lande, wahrscheinlich sogar stärker. Die Berichte über die stattgehabten Lohnerhöhungen sind in der Regel erfinden, immer aber übertrieben. Man betrachte dieselben als das, was sie sind: politische Manöver, um Arbeiterstimmen zu fangen.

Russische Greuel.

Ueber die grauenhaften Zustände in den russischen Gefängnissen ist schon viel geschrieben worden. Allein alle Enttäufung, die sich jedes fühlenden Menschen bei der Erzählung solcher Greuel bemächtigen muß, hat an diesen Zuständen bis jetzt nichts zu ändern vermocht, wohl erst mit dem in kürzerer oder fernerer Zeit ja doch unausbleiblichen Zusammenbruch des Zarenregiments wird hier eine ernsthafte Bestrengung zu erwarten sein, lassen ja doch die Gefängniszustände in den übrigen sog. „Kulturstaaten“, ja auch in unserem lieben Deutschland, wo man mit einer gewissen Berachtung aus das barbarische Ausland herabzublicken pflegt, noch sehr, sehr viel zu wünschen übrig. Neulich hat die sozialistische Partei Polens dem dieser Tage in Paris stattgehabten internationalen Kongreß für Gefängniswesen in einem offenen Brief die russischen Greuel in russisch-Polen entfällt und darin auch über die Zustände in den russischen Gefängnissen eingehende Angaben gemacht, denen wir folgendes entnehmen:

„Der „Schwarze Pavillon“ der Warschauer Zitadelle hat in den Jahrbüchern unseres Landes eine traurige Berühmtheit erlangt. Früher, d. h. vor 30 oder 40 Jahren, wendete man bei den Gefangenen, um von ihnen Aussagen und Geständnisse zu erzwängen, die Folter an. Ein Gefangener steckte das Stroh seines Bettes in Flammen, um ihr zu entgehen und starb freiwillig auf dem Scheiterhaufen. Jetzt will man hauptsächlich durch moralische Tortur zu demselben Resultat gelangen. Beklagt sich ein Gefangener, so antwortet der Staatsanwalt, wie 1885 dem Genossen Wajast: „Sie sind im Gefängnis und nicht in einem Zelt.“ Wacht der Arzt eine der Gesundheitszustände vor, so unterschlägt der Staatsanwalt Zankfälle wie einfaß (Beispiele: Fel. Jentyl und Winiarski) oder er sagt: „Man sperrt Sie nicht ein, um Ihren Gesundheitszustand zu verbessern!“ Noch entsetzlicher ist die Lage der Frauen, die jeden Augenblick der Willkür der Wächterinnen unterworfen sind. Und dies ist noch das mildeste Gefängnis! In dem Gefängnis von Pawial in Warschau ist die physische und die moralische Folter noch schlimmer. Dort ist man mit den gemeinen Verbrechern zusammen, ist während der langen Winterabende des Lichts beraubt und die Zellen wimmeln von Lügnergeier. Die Disziplin ist barbarisch und brutal willkürlich. Vor Kurzem wurde ein kranker Knabe von 17 Jahren, Namens Goldberg, zu drei Tagen „schwarze Zelle“ verurteilt, weil er einen Arzt verlangt hatte. Fel. Herzenjowicz jagt sich dieselbe Strafe zu, weil sie sich, zu schwach, um zu stehen, in Gegenwart des Direktors niedersetzte. Falst, Krawiut, Rosolowski kamen in die „schwarze Zelle“, weil sie den Direktor nicht begrüßt hatten. Eine Klage beim Staatsanwalt hat keine andere Wirkung als die „schwarze Zelle“. Dabei haben die physischen Brutalitäten, um Geständnisse zu erpressen, keineswegs aufgehört. So wurde 1893 im letzten Pavillon Bankiewicz zu Tode gemartert; und vor einigen Monaten schritt sich ein zwanzigjähriger Arbeiter, Palinski, in der „schwarzen Zelle“ dem Hals ab, um sich den greulichen Mißhandlungen zu entziehen, die der Gesundheitsminister Pawlow über ihn verhängte, weil er zum freier hinaus gehen wollte! Im Jahre 1878 wurde Josef Bajta von der Schildwache wegen desselben Verbrechens erschossen. — Dann kommt noch das schreckliche

Gefängnis, die Peter-Paulskirche, in dem die Zellen dunkel und so kalt sind, daß der Gefangene fortwährend friert, dabei noch so feucht, daß fortwährend das Wasser an den Wänden herabrieselt.“

Das Altenstück enthält eine Reihe von Namen Soldat, die sich, um den Schrecken zu entgehen, freiwillig tödten, viele, viele Andere haben blind, lahm oder sonst körperlich oder geistig runter diese Orte des Schreckens verlassen. Wie lange noch werden solche menschenunwürdigen Zustände bestehen?

Aus Stadt und Land.

Bant, 16. Juli. Das Ergebnis der obligatorischen Fleischschau in der Gemeinde Bant für die Zeit vom 1. Mai 1894 bis zum 30. April 1895 ist fertig gestellt und wurden darnach geschlachtet: Rinder 469, Hammel 1494, Rälber 449, Schweine 2049, Pferde 72, Ziegen 2, zusammen 4535 Thiere. Gegen das vorhergehende Jahr wurden weniger eingeführt und geschlachtet 222 Thiere. Von den 4535 geschlachteten Thieren wurden für „ungenießbar“ erklärt und dem menschlichen Genuß entzogen 4 Rinder. Als unbenutzbar erklärt und auf der Freibant verkauft wurden Rinder 3, Hammel 5, Schweine 6. Außerdem wurde eine größere Anzahl Organe, die krankhaft entartet, vernichtet.

Wilhelmsbuden, 16. Juli. Morgen Abend veranstaltete der Bremer Lehrer- u. Gesangsverein, bestehend als einer der bestgeschultesten und leistungsfähigsten Männer-Gesangsvereine, in der „Burg Hohenzollern“ ein Konzert mit einem sorgfältig ausgewählten Programme. Es seien alle Freunde eines schönen Männergesanges und besonders die Mitglieder der Gesangsvereine darauf aufmerksam gemacht.

Jever, 15. Juli. Rom 14. Juli ab liegen in der Registratur des Rathhauses die Rechnungen der Straßen-, Wege- und Dienftbotenkrankenkasse für das Jahr 1894/95 zur Einsicht und Einbringung von Bemerkungen öffentlich aus.

Jever, 15. Juli. Die Deidarbeiten im Elisabethgraben sind so gut wie beendet. Der Graben ist nun eingedeicht und ein gemaltiges Stück Land wieder dem Meere abgenommen. Der fertiggestellte Deich ist zwar nur ein Sommerdeich, doch glaubt man, daß nach der jeglichen Strömung im Meere keine Gefahr vorhanden ist, daß er durchreißt. Die Beendigung der Deidarbeiten macht für die Landwirtschaft gerade zur Erntearbeit viele Arbeitsstände frei. Vor einigen Tagen wurden hier mehrere Deidarbeiter (Holländer), die bei einem Streit von höherem Umfange betheiligt, unter der Anklage des Landfriedensbruches verhaftet und nach Oldenburg in Untersuchungshaft abgeführt.

Oldenburg, 15. Juli. In der letzten Stadtrathssitzung wurde lebhaft Klage über Ausschreitungen von Soldaten gegen Civilpersonen, besonders gegen Frauen und Mädchen, geführt und Abhilfe verlangt durch eine entsprechende Mittheilung an das Militärkommando. Schon wieder aber wird ein Fall von Mißhandlung, die ein Soldat an einem Bürger verübt, gemeldet. In der Zeughausstraße rempelte ein Soldat den Geschäftsführer der Schulischen Buchdruckerei, Herrn Müller, an und schlug den alten Mann mit seinem Seitengewehr vor den Kopf, wodurch er schwer verundet wurde. Des Verundeten nahmen die ersten Nachtwächter an, während der Attentäter von der Wache vor der Artilleriekaserne festgenommen wurde.

Oldenburg, 15. Juli. Der Vermaltungsbericht der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für das Herzogthum Oldenburg und für das Rechnungsjahr 1894 ist erschienen und entnehmen wir demselben folgende allgemeine wissenswerthe Angaben, unter besonderer Berücksichtigung des Amtes Jever. Am Schlusse des Jahres 1894 waren insgesamt 35 085 Betriebe zu verzeichnen. Davon entfielen auf das Amt Jever 2095 betragsschichtige und 238 betragssfreie Betriebe. Im Jahre 1894 ereigneten sich 1035 Unfälle, die meisten im Monat August, die wenigsten im Oktober, und den Tagen nach die meisten am Dienstag. Die Zahl der angemeldeten Unfälle hat wieder zugenommen und zeigt folgende Entwicklung:

1889	426	Unfälle
1890	725	"
1891	944	"
1892	943	"
1893	1002	"
1894	1035	"

Die geringe Zahl der Anmeldungen in der ersten Zeit ist ohne Zweifel auf die mangelnde Bekanntheit mit dem Gesetze zurückzuführen. Von der Zahl der angemeldeten Unfälle (1035) wurden 302 zur Entschädigung festgestellt. Von diesen hatten zur Folge im Amte Jever: 4 den Tod, 16 theilweise, 7 vorübergehende Erwerbsunfähigkeit. Von diesen 27 Unfällen wurden betroffen: 18 männliche und 7 weibliche erwachsene Personen, 2 jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren. Die Genossenschaft hat bis zum 31. December 1894 an Entschädigungen gezahlt:

für Unfälle des Jahres 1889	34 512,55	RM.
" " " " " " " "	1890	53 348,66
" " " " " " " "	1891	73 456,91
" " " " " " " "	1892	55 966,90
" " " " " " " "	1893	41 579,19
" " " " " " " "	1894	23 864,99

Zusammen 284 729,20 RM.

Die Gesamtausgaben in 1894 haben betragen (einschließlich Vortrag auf 1895 von 1763,26 RM.) 120 863 RM 73 Pf., davon entfielen auf Unterstellungen 84 087 RM 93 Pf., so daß die Vermaltungskosten 35 012 RM 54 Pf. erforderten. An Beiträgen wurden von den Unternehmern 117 007 RM 57 Pf. gezahlt. Davon entfällt auf Stadt und Amt Jever ein Beitragantheil von 10 490,07 RM.

Delmenhorst, 15. Juli. Das Gewerkschaftsfest, das gestern gefeiert wurde, nahm einen schönen Verlauf. Der Zug führte ungefähr 1800 Personen gezählt haben und führte derselbe zahlreiche Fahnen und Embleme mit sich. Am dem Feste haben sich auch mehrere Vereine aus Bremen betheiligt. Nachdem der Zug auf dem Festplatz, den der Schützenhof mit seinem schönen Kolonnaden und Bienen bildet, angekommen war, hielt der Genosse Ditt die Rede. Vor und nach derselben trug der Arbeiter-Sängerklub passende Lieder vor. Das Konzert und die Kinderdarstellungen dauerten bis gegen 7 Uhr, worauf in vier Lokalen Ball stattfand. Der hiesige Berichterstatter der Oldenburger „R. St. u. Z.“ bemerkt, daß hiesige Geschäftsleute sich haben betheiligen lassen, oder wie er wörtlich sagt: „gewonnenen großen Feiern“, ihre Sympathie für das Gewerkschaftsfest mit seiner international-socialdemokratischen Tendenz durch Gesandungen der Reichslehre zur Schau zu tragen. — Das ist ja allerdings und ganz sicher ein Hochverrath, wenn man die Schwärze weiß, welche Beschäftigten zu Ehren der nationalökonomischen Socialdemokratie veranstaltet. Schade nur, daß man die Feste nicht fördern kann. So denkt gewiss der Schreiber jener Notiz. Wir können ihm nur sagen, daß anderer Parteigenossen in Delmenhorst auch nicht den geringsten Druck auf die Bürger in dieser Richtung ausgeübt haben. Der Berichterstatter hätte darum keineswegs zu Leudeln brauden und hätte seine Reichthümer ruhig lassen können, es wäre ihm kein Haar gekümmert worden. An erzwungenen Sympathieausprägungen kann uns nichts gelegen sein.

Bremmerhaven, 14. Juli. Gestern gab hier der Rektor aller Deutschen, Herr Alwardt, eine Vortragsrede im „Colosseum“, dessen großer Saal bis auf den letzten Platz gefüllt war. Die Redemittel hielten nur eine dreißigminütige Redezeit. So mußte sich Herr Alwardt und sein Vorkämpfer, der bekannte Herr Debes, ein socialdemokratisches Bureau gelassen lassen, dessen erster Vorkämpfer Herr Genosse Steiner war. Die Ausführungen Alwardts boten nichts Neues. Ihm trat socialdemokratisches Genosse Schmalz und von den Liberalen dem Anführer ein Herr und ein Buchhändler entgegen. Während der Diskussion wurde beantragt, den Ueberschuß aus der Versammlung, das Entree betrug 30 Pf. pro Person, den Hinterbliebenen der untergegangenen Schiffahrts-Belastungen zu übermitteln. Herr Alwardt bekräftigte durch sein Ärgernis, erklärte sich aber, nachdem die Versammlung sich einstimmig für den Antrag geäußert, für die Vergabe des Ueberschusses. Der Beschluß konnte aber nicht durchgeführt werden, da der Kassier mit der Kasse bereits verschwunden war, als man die Abrechnung feststellen wollte. Der Vorsitzende konstatirte diese verblüffende Thatsache vor der Versammlung und sprach die Erwartung aus, daß Alwardt den Ueberschuß zurückgeben werde. Dieser versprach denn auch, dafür zu sorgen, daß die Sache im Sinne des Versammlungsbeschlusses erledigt werde. Am Schlusse der Versammlung wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige Versammlung kann sich mit den Ausführungen des Herrn Alwardt nicht im Geringsten einverstanden erklären; sie verurtheilt entschieden die auffordernde Forderung der Menschheit nur durch Einführung des Socialismus, durch Begünstigung der Produktionsmittel, gegeben kann.“ — Die Annahme der Resolution wurde, augenscheinlich zum größten Kummer Alwardts, mit lebhaftem Beifall begrüßt. — Herr Alwardt bezüglich der Vergabe des Ueberschusses Wort gehalten, das konnte man heute in der Versammlung des socialdemokratischen Vereins erfahren. Dort wurde mitgetheilt, daß die Einnahme 265,90 RM. betragen habe. An Ausgaben hatten die Schlägen Herren „Antimietten“ 265,50 RM. herausgerechnet. Darunter 64 RM. für Krugeln, Plakate und Saal, an Honorar für Alwardts Vortrag 200 RM. und die übrigen Gelder für Reisen nach Bremen und nach Hamburg (überwiegend) verwendet. Der Ueberschuß betrug 3,40 RM. Eine Leistikol bedarf diese antieconomische Redeweise nicht.

Vermischtes.

— Eine Million Mark haben das Festmahl im Rathhause zu London und das Radfest auf der Wiltshire Insel gekostet. Lombard hatte bis jetzt die theuersten Mahlzeiten. Das Festmahl, zu welchem die City im Jahre 1874 den Prinzen von Wales einlud, kostete 520 000 RM.; das, welches sie dem Herzog von York nach seiner Verheirathung mit der Prinzessin von Led anbot, nur 400 000 RM.; das, welches sie im vorigen Jahre zu Ehren des Lord Rosebery gab, erforderte eine Ausgabe von 385 000 RM. Bei dem Essen, welches vor wenigen Tagen die City dem afghanischen Prinzen Nureullah Chan gab, wurden verzehret: 500 Bananen, 300 große Setzungen, 120 Pfauhühner, 200 junge Hühner, 40 große Schinken, 600 Leterspatteln mit Trüffel, 20 Rindskulen und 300 Pfund Schmelzkäse, 20 Pfund Hackfleisch, 700 Rindschwänze, 40 Hühner in Gallert, 450 harte Eier, 240 Salatkröpfe, 190 Rantelkrüben, 450 Pfund Erdäpfel, Nachschüsseln, die sich überhaupt nicht aufzählen lassen und die Suppe, die klassische Schilbkrötensuppe, die allein 6500 Mark kostete und die wegen ihrer Kostspieligkeit nur bei ganz feierlichen Gelegenheiten in solchen Mengen verschluckt wird. Um sich einen Begriff von derartigen Mahlzeiten zu machen, muß man wissen, daß in der City bei den Bildergalerien jedes Orbed durchschnittlich 400 Mark kostet; allerdings werden die allerbesten und kostbarsten Weine gereicht. Die unanständigsten Mahlzeiten der englischen Gelptrögen sind nunmehr weit überboten worden durch Hamburg, in dessen entlegenen Gassen so grauenhafte Noth herrscht, daß vor zwei Jahren die Cholera ihren Siegeszug antreten konnte. Und noch ein! Die reichen Engländer haben die Festmahl auf ihre persönlichen Kosten; das Hamburger Fest wurde aus allgemeinen Steuermitteln bestritten.

— Kuriosa von der Berufsählung erzählt die „Daaziger Zig.“: „Von Jinsen lebend“ gibt eine Dame als ihrer Hauptberuf an. Ein Kolonialwaaren-Geschäft beauftragt „ihätige Mitarbeiterin“ eines Kinder-mädchens. Sehr bequem macht es sich ein Semmann, er kommt seinen Beruf „zu Hause für fremde Rechnung“ nach. Sehr eingenommen ist ein Gehälter von seinem Berufsmittel „Mitter des Eiserne Kreuzes zweiter Klasse“. Ein junges Mädchen hat die gute Gabe „als Ledemädchen“ die Rundschaft „zu Hause für fremde Rechnung“ zu bedienen. Schließt geht ein Steinbrunn mit seinem Personal um, er beschließt, wenn die Arbeit knapp wird, „nur 1/2 Gesellen“.

Leitung.

Für den Vereinstonds erhalten: Amerikanische Mission bei einem Familienausflug in Sanbe 10,26 RM., von der Zeitung der Wilt-gaber 2 RM. Die Redaktion.

Gochwasser.

Mittwoch, den 17. Juli. Vorm. 7,52 Nachm. 8,18

Oldenburg.

Erstes großes Gewerkschaftsfest

am Sonntag den 21. Juli 1895

auf dem Festplatze an der Bloherfelder Chaussee beim „Ammerländer“.

PROGRAMM:

Festzug Nachm. 2 Uhr. Festrede geh. vom Reichstagsabg. August Bebel aus Berlin.

Konzert und Ball.

Volks- und Kinderbelustigungen aller Art.

Abends: Großes Brillant-Feuwerk.

Schaubuden, Schiessbuden, Karussell usw. sind vertreten.

Entree zum Festplatze für Herren 10 Pf., Damen und Kinder haben freien Zutritt. Karten sind im Vorverkauf zu haben bei Gastwirth Satink, Kurwidstr., Gastwirth Jürgen, Achternstr., in der Cigarrenhandlung von J. Diermann und H. Ruf, Osternburg. Zu diesem ersten Gewerkschaftsfeste wird ein verehrtes Publikum freundlichst eingeladen.

Die Verpachtung der Budenplätze

erfolgt am Mittwoch den 17. Juli und sind diesbezügliche Anfragen zu richten an Gastwirth Satink, Kurwidstr. Die Tanzbude ist vergeben. Der Festausschuss.

Ich beabsichtige meine an der Margarethenstraße belegene

Besitzung

unter der Hand zu verkaufen. Kaufliebhaber wollen sich bei mir melden.

J. Dirichs, Bant, Margarethenstr. 2.

Gesucht

auf 1. oder 15. August ein in allen Hausarbeiten erfahrenes Dienstmädchen. Banterstraße 6.

Zu vermieten

eine kleine zweiräumige Oberwohnung zum 1. August. Näheres Buchgeschäft Sübben.

Zu miethen gesucht

zum 1. November eine in der Schulacht Neubremens belegene vierr. Wohnung. Lehrer Schmidt, Neubremers Schule.

Ein einfach möbliertes Zimmer

event. mit Schlafstube, in Bant für einen Herrn zu miethen gesucht. Offerten unter „Logis“ sind an die Expedition d. Bl. einzureichen.

Logis für einen jungen Mann

Schumacher, Schulstr. 4, Tonndiech.

Schönes frisch. Rostfleisch

bei Frels, Neubremen.



Styria-Fahrräder

empfehlen

A. Kuhlmann, Uhrmacher.

Konkurs-Auktion.

Neubremen, Grenzstraße. Am Sonnabend den 27. und Montag den 29. Juli ds. Js., Nachmittags 2 Uhr anfangend, soll der Restbestand des zur Tiarks'schen Konkursmasse gehörigen Manufaktur- und Weißwaaren-Lagers, als namentlich:

Kleiderstoffe, Flanelle, Inlets, Schlaf- und Pferdedecken, Teppiche, Damenröcke, Schultertücher, Bettuchleinen und Halbleinen, Bargende, Handtuchdreile, Arbeitshosen und viele andere Sachen;

ferner: eine komplette Ladeneinrichtung mit Ausbauer und Stangen, eine große zweiarmlige Ladenlampe, drei andere dito, eine Trittleiter, drei Fenstervorhänge und Gardinen

in V. Vater's Gasthause in Neubremen öffentlich meistbietend gegen Baarzahlung versteigert werden.

Kaufliebhaber ladet freundlichst ein

Der Konkursverwalter:

Güdeken, Aukt.

Unentgeltlichen Rath und Auskunft

in allen gewerblichen Streitigkeiten sowie in Sachen des Krankenkassen-, Alters-, Invaliditäts- und Unfall-Versicherungswesens erteilen an alle Arbeiter

Chr. Gönner, Neue Wilhelmsh. Str. 12, 1, von 7—8 Uhr Abends, H. Mörschky, Neue Wilh. Str. 63, 1, von 8—8 1/2 Uhr Abends.

Die Kartellkommission.

Herren-Zugstiefel

Zug- und Schnür-Schuhe sowie Damen-Knopf-Stiefel

empfiehlt von den feinsten bis zu den gewöhnlichen Sachen in großer Auswahl billigt

J. G. Gehrels, Roonstraße.

Arbeiter-Turnvereine Bant, Sedan, Tonndiech und Heppens.

Sonntag den 21. Juli 1895

Nachmittags präz. 3 Uhr

Gemeinschaftliche Mitgliederversammlung

im Lokale des Herrn Maes Zentralhalle in Heppens.

Tagesordnung:

1. Bericht der Delegirten vom Bundesturntage.
2. Innere Angelegenheit der Vereinigung betreffend.
3. Verschiedenes.

Um vollständiges und pünktliches Erscheinen ersucht

Der Beauftragte.

Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Bant.

Mittwoch den 17. Juli

Abends 8 1/2 Uhr

Versammlung

im Vereinstokal „Zur Arche“.

Tagesordnung:

1. Hebung der Beiträge.
2. Aufnahme neuer Mitglieder.
3. Vortrag.
4. Fragelisten.

Die Mitglieder werden darauf aufmerksam gemacht, die restirenden Beiträge zu entrichten, da mit den 15 Pf.-Marken abgerechnet werden muß.

Die Ortsverwaltung.

Umsturz und Sozialdemokratie

Hefi 1—5 (Schluß)

sind vorrätig bei

C. Buddenberg.

Für sparame Hausfrauen

empfiehlt

Phönix-Farben

zum Ausbärnen verbläuter Kleidungsstücke, Möbelbezüge etc., sowie Stofffarben zum Auffärben aller Stoffe die

Drogerie zum Nothen Kreuz.

Anerkannt bestes

Klauen-DeI

für Nähmaschinen und Fahrräder aus der Knochenfabrik von H. Möbius & Sohn, Hannover, ist zu haben bei Herrn H. Hantschlag, Nähmaschinen-Handlung, Bant, Ecke Adolfs- und Werftstraße.

Sohlen-Ausschnitte

aus haltbarstem Wild- und Zahn-Sohlleder hält in allergrößter Auswahl zu den billigsten Preisen bei streng reeller Bedienung bestens empfohlen

die Lederhandlung von C. Ocker, Neuheppens, Alleestraße 17.

Lege Gift für Federvieh.

J. Ermöhlen, Grenzstr. 21.

Wulf & Francksen



Ausstellung fert. Betten.

Einschlängige Betten Nr. 8

aus grün-roth gestreiftem Röper mit 16 Pfund Federn.

Oberbett 7,—
Unterbett 7,—
2 Kissen 5,—
Mk. 19,—

Zweischläfig Mk. 23,50

Einschlängige Betten Nr. 10

aus roth-grau gestreiftem Atlas mit 16 Pfund Federn.

Oberbett 10,25
Unterbett 10,25
2 Kissen 7,—
Mk. 27,50

Zweischläfig Mk. 31,—

Einschlängige Betten Nr. 10 b

aus roth-bunt gestreiftem Atlas mit 16 Pfund Federn.

Oberbett 13,50
Unterbett 13,50
2 Kissen 9,—
Mk. 36,—

Zweischläfig Mk. 40,50

Einschlängige Betten Nr. 11

aus rothem oder roth-rosa Atlas mit 16 Pfund Halbdaunen.

Oberbett 17,50
Unterbett 17,50
2 Kissen 10,—
Mk. 45,—

Zweischläfig Mk. 50,50

Einschlängige Betten Nr. 12

Oberbett aus rothem Daunenfüßer, Unterbett aus rothem Atlas mit 16 Pfund Daunen u. Federn.

Oberbett 22,—
Unterbett 20,50
2 Kissen 12,—
Mk. 54,50

Zweischläfig Mk. 61,—